

Stand: 06.06.2026 09:03:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18266

"Pragmatismus statt Populismus - die Landwirtschaft bei der Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln unterstützen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18266 vom 27.09.2017
2. Beschluss des Plenums 17/18306 vom 27.09.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 27.09.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Kathi Petersen** und **Fraktion (SPD)**

Pragmatismus statt Populismus – die Landwirtschaft bei der Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln unterstützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zur Verringerung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes in Bayern voranzutreiben und sicher zu stellen, dass die Zielvorgaben des Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln erreicht werden. Insbesondere müssen die Risiken der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln für den Naturhaushalt bis 2023 um 30 Prozent reduziert werden (Basis Mittelwert der Jahre 1996 – 2005).

Der Anteil des Ökolandbaus in Bayern ist bis zum Jahr 2020 mindestens auf 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch geeignete Maßnahmen zu steigern.

Weiterhin soll darauf hingewirkt werden, dass der Einsatz von bienengefährdenden Wirkstoffen auch im nichtstaatlichen Bereich restriktiv gehandhabt wird und Anwendungstechniken, die einen erheblichen ökologischen Vorteil bieten, unterstützt werden. Darüber hinaus ist die Forschung und fachliche Beratung im Bereich des Integrierten Pflanzenschutzes weiterhin zu intensivieren.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Neuregelung der Umweltprüfung im Bereich der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln einzusetzen. Ziel der Revision sollte eine künftig transparente Darstellung der für das Zulassungsverfahren genutzten Daten und Studien sein.

Begründung:

Der chemische Pflanzenschutz ist ein wichtiges Instrument der modernen konventionellen Landwirtschaft. Diese trägt maßgeblich zur Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln bei. Jährlich werden in Deutschland rund 100.000 t Pflanzenschutzmittel bzw. rund 30.000 t Wirkstoff abgesetzt – dieser Inlandsabsatz ist weitgehend konstant.

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln birgt jedoch auch Gefahren für den Naturhaushalt, insbesondere bei einer nicht sachgemäßen Anwendung. Aus diesem Grund wird seitens der Bevölkerung eine Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes gefordert. Die Bundesregierung hat am 10.04.2013 den Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln verabschiedet. Der Aktionsplan ist Teil der Umsetzung der EU-Pflanzenschutz-Rahmenrichtlinie 2009/128/EG über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden.

Im Mittelpunkt des Nationalen Aktionsplans Pflanzenschutz steht die Reduktion von Risiken für Mensch, Tier und Naturhaushalt, die durch die Anwendung von zugelassenen Pflanzenschutzmitteln entstehen können. Dabei werden die gesundheitlichen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen berücksichtigt. Als Ziel wurde eine 30 prozentige Reduktion der Risiken der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln für den Naturhaushalt bis 2023 festgelegt.

Der Ökolandbau in Bayern ist eine Erfolgsgeschichte, der Ausbau auf 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird dazu beitragen, dass einerseits die Artenvielfalt erhalten bleibt und andererseits die Nachfrage nach Bioprodukten durch die Verbraucherinnen und Verbraucher durch heimische Ware gedeckt werden kann.

Der Einsatz von besonders bienengefährdenden Pflanzenschutzmitteln ist ein enormes Problem für den Naturhaushalt, so führte die Ausbringung von mit Neonicotinoiden gebeiztem Saatgut im Jahr 2008 zu einem massenhaften Bienensterben. Folglich müssen diese Wirkstoffe langfristig zurückgedrängt werden.

Anwendungstechniken mit besonders wenig Abdrift bieten die Möglichkeit, Pflanzenschutzmittel zu verwenden, ohne Nützlinge zu schädigen. Beispielsweise kann mit abgehängten Düsen, sogenannten Droplegs, die Abdrift von Wirkstoffen verhindert und der Kontakt zu Bienen unterbunden werden. Untersuchungen haben gezeigt, dass von den 36 am häufigsten im Bienenbrot nachgewiesenen Wirkstoffen etwa die Hälfte aus Blütenanwendungen stammt. Hier besteht enormes Potenzial.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Kathi Petersen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/18266

Pragmatismus statt Populismus – die Landwirtschaft bei der Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln unterstützen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Gisela Sengl

Abg. Horst Arnold

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Martin Schöffel

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gifffreie Landwirtschaft in Bayern voranbringen (Drs. 17/18247)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

Pragmatismus statt Populismus - die Landwirtschaft bei der Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln unterstützen! (Drs. 17/18266)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Beratungsabbau in Land- und Forstwirtschaft stoppen - Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft fördern (Drs. 17/18267)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder brauchen nicht nur qualitativ hochwertige und gute Kinderbetreuungsplätze, sondern sie brauchen auch und vor allem eine intakte Natur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hellblaue Glockenblumen, weiße Margeriten, gelbe Butterblumen, zartrosa Storchschnabel, filigraner Wiesenkümmel, Scharfgarben, Wegwarten und leuchtend rote Mohnblumen

(Markus Rinderspacher (SPD): Die sind besonders schön!)

waren früher auf der Wiese noch ganz normal. Früher, das ist noch gar nicht lange her. Man denkt immer: "Früher", das war vor 100 Jahren. Mit "früher" meine ich aber an dieser Stelle: vor 20 Jahren. Vor 20 Jahren war es nämlich noch ganz normal, da war es vor allem noch möglich, dass man spazieren gegangen ist und dass die Kinder auf ihrem Weg von der Schule nach Hause einen Blumenstrauß am Wegrand, in der Wiese oder am Waldrand pflücken konnten. Früher, nämlich in dieser Zeit, da zwitscherten noch ganz viele Vögel wie beispielsweise Braunkehlchen, Wiesenpieper, Feldspatzen in den Wiesen und Feldern. Es gab Feldhasen, Wildbienen und Rebhühner. Heute aber sind diese Blumen und Tiere fast nur noch auf ökologisch bewirtschafteten Flächen vorhanden. In Bayern gibt es aber nur sehr wenige dieser Flächen. Nur 8,6 % der gesamten landwirtschaftlichen Fläche werden nach Ökokriterien bebaut. Auf dem Rest der Flächen, also auf 91,4 % wird fleißig gespritzt, und zwar mit Ackergiften aller Art: mit Fungiziden, Herbiziden, Insektiziden und Wachstumsreglern. Äpfel werden bis zu 23-mal pro Jahr behandelt, Kartoffel zwischen sieben- und zehnmal, Wein zwischen acht- und zwölfmal, Getreide vier- bis fünfmal und Mais ein- bis zweimal.

(Horst Arnold (SPD): Raps!)

Nun betrachten wir einmal den Mais näher. Auf über einem Viertel des Ackerlandes in Bayern wird Mais angebaut, und zwar als Krafffutter für Schweine und Kühe. Obwohl der Mais aber nur ein- bis zweimal pro Jahr mit dem Herbizid Terbuthylazin gespritzt wird, findet man dieses Gift im Trinkwasser. Der Grenzwert für die Pestizidbelastung im Grund- und Trinkwasser liegt bei 0,1 Mikrogramm pro Liter.

Im Folgenden nenne ich Zahlen aus den Antworten auf Schriftliche Anfragen, die wir GRÜNEN 2017 an die Staatsregierung gestellt haben. In Mittelfranken gibt es 16 Wasserbrunnen mit einem Pestizidwert von über 0,1 Mikrogramm pro Liter. 13 Wasserversorger müssen aktuell ihr Trinkwasser aufgrund des Pestizidgehalts aufbereiten. In Oberbayern gibt es 9 Wasserversorger mit einem Wert über 0,1 Mikrogramm. In der Oberpfalz gibt es 22 Wasserversorgungsunternehmen mit einem Pestizidwert über 0,1 Mikrogramm. 17 Wasserversorger müssen ihr Trinkwasser wegen dieser hohen

Belastung aufbereiten. In Niederbayern gibt es 12 Wasserversorgungsunternehmen mit einem Wert über 0,1 Mikrogramm. Davon sind 7 im Landkreis Landshut. Der intensive Maisanbau lässt grüßen. Das ist das Resultat des Krafffutteranbaus im Schweinegürtel Landshut. 7 Wasserversorger müssen aufbereiten. Das sind unglaublich erschreckende Zahlen. Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir unser Wasser noch aus der Leitung trinken können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das geht, weil es bei uns extrem strenge Richtwerte gibt und das Trinkwasser sehr streng kontrolliert wird, nämlich strenger als Mineralwasser. Aber genau diese hohe Qualität unseres Trinkwassers ist durch die zunehmend chemieabhängige, industrialisierte intensive Landwirtschaft in Gefahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Inlandabsatz von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen, wie es so schön heißt, ist in Deutschland in den letzten 20 Jahren um die Hälfte gestiegen, nämlich von 29.769 Tonnen auf 48.611 Tonnen Wirkstoffmenge. Was das an Giftmengen für Bayern bedeutet, mag ich mir gar nicht ausmalen. Es gibt keine Zahlen für Bayern, es gibt nur die Zahlen für Deutschland. Der Nettoinlandumsatz des Pflanzenschutzmarktes in Deutschland lag 2016 bei 1,4 Milliarden Euro – ein Riesengeschäft. In diesem Bereich finden weltweit die größten Fusionen statt. Wenn nun die Fusion von Bayer und Monsanto von der EU abgesegnet wird, teilen sich drei Konzerne 60 % des weltweiten Handels mit Saatgut und Pestiziden. Das können wir nicht zulassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt kommt immer das Argument, es seien nicht die Landwirte, es seien die Hobbygärtner, die so schlimm auf Teufel komm raus spritzen und die Gifte im Baumarkt kaufen. Der Verkauf von Pestiziden an Privatleute entspricht mit 58,7 Millionen Euro nur 4 % des Gesamtumsatzes. Das ist zwar auch erschreckend viel, aber im Vergleich zu

1,4 Milliarden Euro eigentlich nicht der Rede wert. Das Hauptproblem ist und bleibt der Einsatz von Ackergiften in der Landwirtschaft. Da müssen wir endlich etwas tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man außerdem noch überlegt, dass die Packungen für den Privatverbrauch ohnehin viel teurer sind, ist dieser Eurobetrag von 58,7 Millionen noch einmal anders zu sehen; die Großmengen für die Landwirtschaft werden quasi billiger verkauft.

Es gibt einen nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz, der auch eine Pestizidminimierungsstrategie enthält. Umgesetzt wird bis jetzt aber gar nichts. Deshalb fordern wir GRÜNE: "Giftfreie Landwirtschaft in Bayern voranbringen". Wir brauchen nicht nur mehr Ökolandbau, sondern die Landwirtschaft muss einfach umweltfreundlicher werden. Wir müssen unsere Landwirtschaft vom Joch der Chemieindustrie befreien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür brauchen wir einfach mehr Forschungsmittel in der Agrarökologie, mehr Forschung für stabile Fruchtfolgesysteme, Mittel zur Erforschung standortangepasster Sorten, die auch ohne Chemie ertragreich und lebensfähig sind. Wir brauchen eine Neuausrichtung der Ausbildung und Beratung. Vor allem muss der Einsatz von besonders problematischen Pestiziden auf staatlichen Flächen unterlassen werden. Glyphosat und Neonicotinoide, die schuld sind am Bienensterben – das ist erwiesen –, haben in unserer Natur und Umwelt nichts zu suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz; nützen wir sie zu unser aller Wohl und zum Schutz unserer Lebensgrundlagen! Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

Den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER finden wir sehr gut: ein richtig grüner Antrag, erstaunlich klar und eindeutig. Das bin ich von den FREIEN WÄHLERN gar nicht gewohnt, das hat mich sehr gefreut.

Den Antrag der SPD werden wir ablehnen. Es geht darin nur um die Reduzierung des Risikos. Lesen Sie Ihren Antrag einmal genau! Die Begründung lautet, der chemische Pflanzenschutz sei die Grundlage der konventionellen Landwirtschaft. Ihr habt – tut mir leid – immer noch nicht verstanden, worum es geht. Integrierter Pflanzenschutz ist gescheitert; den gibt es quasi gar nicht mehr, sonst würde der Absatz von Pflanzenschutzmitteln, der Pestizide nicht dauernd steigen. Ihr vermittelt immer eine doppelte Botschaft. Entscheidet euch einmal, wo ihr in der Landwirtschaftspolitik hinwollt! Wenn euch die Arbeitsplätze in der Chemieindustrie so wichtig sind, dann macht so weiter!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Kollege Arnold von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Überschrift unseres Antrags war schon prophylaktisch richtig gewählt: "Pragmatismus statt Populismus". Wer solche Bilder malt wie Sie, Frau Sengl, hat mit Sicherheit das Lesebuch der zweiten Klasse von 1952 auf dem Tisch, wo im Märzen der Bauer die Rösslein einspannt.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir sind heute ganz woanders angelangt.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Leider!)

Wir haben in diesem Zusammenhang festzustellen, dass es Ihnen immer wieder gelingt, mit Semantik dort Gegensätze zu schaffen, wo eigentlich keine Gegensätze mehr notwendig sind, sondern Diskussion und eine fachliche Auseinandersetzung, um

den Prozess Gift oder Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft dorthin zu bringen, wo er hingehört.

Im Übrigen ist auch Ihr Antrag mit den allgemeinen Ausführungen durchaus dazu geeignet, dieses Ziel voranzubringen. Aber allein die Überschrift zeigt doch schon ganz deutlich, worum es Ihnen geht: Es geht um eine Polarisierung.

Sie haben richtigerweise gesagt: Die konventionelle Landwirtschaft arbeitet zu 92 % im Hier und Heute mit entsprechenden Pflanzenschutzmitteln. Und was sagen Sie denen, wenn sie eine Erntebegehung haben? – Alles Scheiße, deine Emma!

Natürlich geht das so nicht. Ich will Ihnen sagen, warum das so nicht geht. Was machen Sie denn bei Gelbrost beim Getreide mit hundertprozentigem Ernteausfall? Wie macht man das? Wie sieht es im Rapsanbau mit dem Rapsglanzkäfer aus? Alle wollen Raps, wunderbar, Bienenweide. Was macht man da? Wie oft wird da gespritzt? Von heute auf morgen stilllegen? Was ist los mit der Kartoffel? Pilzkrankungen? Wir wissen, dass auch der Ökolandbau – das ist ja wichtig – Kupfer einsetzt. Die nationale Strategie enthält ein Reduzierungsprogramm auch für Kupfer.

Mit anderen Worten: Sie tun so, als ob 8 % ein Idealzustand wären. Wir würden unsere Anträge auch gerne so formulieren, dass alle soziale Werte zum Thema haben, die klassenlose Gesellschaft. Wir wissen aber ganz genau, dass es eine Utopie ist, die an vielen Ecken und Enden krankt. Dort, wo Sie Ihre Minister haben, die tatsächlich für die Industrie und das Zusammenbringen verantwortlich sind, wo es darum geht, Ergebnisse zu erzielen, hört sich das ganz anders an. In dem Zusammenhang ist die Forderung nach giffreier Landwirtschaft ein hehres Ziel, aber im Hier und Heute gar nicht umzusetzen. Halten wir uns an das, was Ihre Agrarminister mit anderen, nämlich mit der nationalen Strategie entschieden haben. Konkrete Ansätze sind vorhanden; bis 2023 wird eine Verringerung von 30 % angestrebt.

Zum Ökolandbau haben Sie kein einziges Wort verloren, wollen unseren Antrag aber ablehnen. Wir fordern, hier im Freistaat 20 % mehr Ökolandbau mit geeigneten Mitteln

zu fördern, weil wir wissen: Biodiversität wird gefördert, der ländliche Raum wird gefördert, und darüber hinaus werden auch die Ansatzpunkte dafür gefördert, hinreichende Flächen zur Erforschung, Erfahrung und zur Belebung, vielleicht auch zur Werbung, zu bekommen, um das ganze System weiterzuführen. Das wollen Sie ablehnen, weil Sie "giffrei" darüber schreiben? Sie fragen mich, ob ich den Antrag gelesen habe. Wenn Sie den ablehnen und keine 20 % mehr Ökolandbau wollen, dann zeigt das, dass das nicht nur Populismus ist, sondern gewissermaßen Blindheit gegenüber den tatsächlichen Herausforderungen, denen wir uns heutzutage stellen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind in weiten Teilen inhaltlich eigentlich einig: Es müssen mehr Forschungsmittel da sein.

Ich muss gleich an die Adresse der FREIEN WÄHLER sagen: Wer heute Morgen fordert, den Klimaschutz in die Verfassung aufzunehmen, heute Abend aber gegen 20 % mehr Ökolandbau stimmt, der zeigt, dass es ihm nur um Überschriften geht, nicht aber um die Umsetzung konkreter Maßnahmen. Messen Sie sich an dem, was Sie heute Morgen gefordert haben, und stimmen Sie auch diesem Antrag insoweit zu.

(Beifall bei der SPD)

Was wichtig ist, was Sie aber auch nicht aufgenommen haben, sind transparente Zulassungskriterien für Pflanzenschutzmittel bei der EU. Dann wissen wir doch endlich, was überhaupt beantragt wird. Das ist ein riesiges Problem, über das die Fachwelt diskutiert, über das Ihre Landwirtschaftsminister diskutieren und was sie fordern. Nichts davon! Wir hören von Heidelerchen und Rotkehlchen, die pfeifen, wenn das, was in Ihrem Antrag steckt, umgesetzt werden soll.

Ich habe Verständnis, dass Sie Ihre Klientel pflegen müssen und wollen. Aber ich habe kein Verständnis dafür, wie Sie mit diesem ernstesten Problem umgehen. Wenn wir die Landwirtschaft gewinnen und da etwas ändern wollen, dürfen die 92 %, die Pflan-

zenschutzmittel einsetzen, nicht das Gefühl haben, schlecht zu arbeiten, sondern sie müssen vor dem Hintergrund mitgenommen werden, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren.

All das, was ich genannt habe, ist derzeit nicht anders zu machen als mit Pflanzenschutzmitteln. Oder wollen Sie zu jemandem gehen und ihm sagen: Mit dem hundertprozentigen Ernteausfall haben Sie Pech gehabt? – Man kann sich eigentlich kaum vorstellen, dass das ein wirksames agrarpolitisches Instrument ist, um Überzeugung bei denen zu gewinnen, die es angeht, nämlich den Landwirten. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind auf die Produkte angewiesen, und ein hundertprozentiger Ernteausfall führt möglicherweise zu höheren Preisen.

Ihrem Antrag stimmen wir zu. Dem Antrag der FREIEN WÄHLER stimmen wir ebenfalls zu. Unser Antrag ist sehr pragmatisch und konkret, und wir werden ihn selbstverständlich unterstützen. Wir werden uns aber auch merken, dass Sie aufgrund irgendwelcher Erwägungen, die ich nicht begreife, gegen 20 % Ökolandbau sind.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Kollege. – Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Das ist irgendwie lächerlich. Wenn man uns und insbesondere mir vorwirft, dass wir gegen mehr Ökolandbau sind, ist das ein Schmarrn. Mir stößt einfach auf, wie der Antrag formuliert ist, auch wenn die Begründung nicht Teil des Antrags ist. Da steht: "Der chemische Pflanzenschutz ist ein wichtiges Instrument der modernen konventionellen Landwirtschaft. Diese trägt maßgeblich zur Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln bei." Das ist lächerlich, das finde ich unmöglich. Welche Klientel bedient ihr da? Ihr traut euch einfach nicht, ganz konkret zu sagen, dass man auch die konventionelle Landwirtschaft auf einen umweltverträglicheren Weg bringen muss. Nein, ihr habt Angst vor, was weiß ich. Außerdem geht es nicht darum, die Risiken der Anwendungen zu minimieren. Es geht einfach um eine Verringerung des Einsatzes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Horst Arnold (SPD): Also gut. Nur für das Protokoll, weil ich glaube: Was das Rezeptive, das Begreifen betrifft, ist es aussichtslos. Ich zitiere Absatz 2 des Antrags, nicht der Begründung: "Der Anteil des Ökolandbaus in Bayern ist bis zum Jahr 2020 mindestens auf 20 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch geeignete Maßnahmen zu steigern." Das und nichts anderes ist der Antragstext. Aber Sie lehnen ihn ab. Glückwunsch!

Zu der Frage, wofür ich bin: Ich komme aus dem Knoblauchsland. Dort gibt es große Gemüseanbaugebiete. Da sind in der Tat auch Biobetriebe dabei. Aber es sind hauptsächlich konventionelle Betriebe. Sie arbeiten im Gewächshaus mit Granulat. Weil sie im Gewächshaus mit Granulat arbeiten, kann man sie überhaupt nicht als Biobetriebe zulassen, weil dort nur Erden zertifiziert werden. Ich sage Ihnen, die Produkte aus dem Knoblauchsland sind, auch wenn sie konventionell erzeugt wurden, hochwertig und nachhaltig und brauchen in ihrer Qualität keinen Vergleich zu scheuen. Andererseits sind sie auch nicht giftbelastet. Ich habe kein Verständnis dafür, dass Sie diese Leute über die Klinge springen lassen wollen.

Ich habe auch kein Verständnis dafür, dass Sie wieder die Quote von Bio und Nicht-Bio aufmachen. Ich dachte, wir seien in der Diskussion weiter, um uns zielführend voranzubringen, damit der Gesetzgeber, aber auch die Politik die Probleme der Landwirtschaft etwas besser regeln; denn in der Landwirtschaft ist Feuer unter dem Dach. Es gibt eine Nitratbelastung, und da ist einiges zu machen. Aber so, wie Sie das fordern, geht es leider nicht.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bin ich dem Kollegen Horst Arnold für verschiedene Klarstellungen dankbar. Es tut mir auch ein Stück leid – ich werde es noch begründen –, dass wir dem SPD-Antrag nicht zustimmen werden. Aber zunächst einmal der Reihe nach.

Ich will mit dem Antrag der GRÜNEN beginnen. Liebe Kollegin Gisela Sengl, ich dachte, wir hätten die Zeit überwunden, in der wir pauschal über die Landwirte hergezogen sind und sie geschimpft und kritisiert haben. Wir hatten erst neulich eine Debatte zum Gewässer, und ich glaube, da gab es eine gewisse Einigkeit, dass wir da auf bestimmte Schwerpunkte achten und die Landwirtschaft nicht in eine Ecke drängen sollten, in die sie einfach nicht gehört. Wenn hier von Wasserverunreinigungen und davon gesprochen wird, dass das Trinkwasser vielfach nicht genießbar sei, muss man ganz klar sagen: Das ist weit überzogen, das stimmt einfach nicht. Wir haben – ich will nicht sagen: zu 100 % – zu einem ganz überwiegenden Anteil in Bayern beste Gewässerqualitäten.

Da komme ich auch schon zur Produktausrichtung in Bayern. Die bayerischen und deutschen Lebensmittel – die Belastungen sind ja in Ihrem Antrag auch angesprochen – weisen nicht nur europaweit mit die besten Untersuchungswerte auf, und das sowohl konventionell als auch biologisch. Wir sollten nicht immer versuchen, hier einen Keil hineinzutreiben. Ich dachte immer, die Zeiten, in denen die Produktionsrichtungen aufeinander losgegangen sind, seien ein Stück vorbei. Anscheinend ist das nicht so. Aber ich glaube, wir sollten alle versuchen, das in einem sachlichen Rahmen über die Bühne zu bringen, vielen Dank noch einmal.

Ich gebe zu, der Antrag der GRÜNEN ist in vielen Bereichen sehr sinnvoll. Er zeigt auch auf, wohin moderne Landwirtschaft gehen kann und soll. Aber wenn ein Antrag – jetzt kommt das große Aber, und da bin ich derselben Meinung wie der Vorredner –, der ein sehr sensibles Gebiet behandelt, mit "giffrei" beginnt, stellen sich bei einem praktisch denkenden Menschen schon die letzten verbliebenen Haare zu Berge. Liebe

Gisela Sengl, wenn wir versuchen, mit diesem Antrag auf die Landwirte zuzugehen, und diese hören, sie seien nur Menschen, die mit Gift zu tun haben, gibt es keine Diskussionsgrundlage. Ich bitte doch darum – davon hat der Vorredner ebenfalls schon gesprochen –, das Thema sehr sensibel anzugehen und die Landwirte vor Ort mitzunehmen. Wir dürfen sie nicht schocken, sondern müssen in der Diskussion bleiben und versuchen, das zusammen mit den Landwirten zu machen. Wir dürfen nicht einfach einen Begriff in die Diskussion werfen und damit sagen: Ihr wart und seid Giftmischer, und das muss von heute auf morgen anders werden. Da geht es um eine ganz entscheidende psychologische Wirkung. Wir müssen den Antrag also leider ablehnen.

Beim ersten Lesen des SPD-Antrags war meine erste Reaktion: Toll, dem können wir zustimmen. Aber, lieber Horst Arnold, eines können wir nicht. Von den 20 % Biobetrieben haben wir schon gelegentlich gehört. Sie stehen zwar als Forderung im Nationalen Aktionsplan, aber wir halten diese Forderung nicht für zielgerichtet; denn es zeigt sich immer wieder, dass zu viele Zahlen nicht sinnvoll sind. Der übrige Teil des Antrags ist aber unterstützenswert.

Zum Schluss will ich noch auf unseren Antrag eingehen. Wir fordern erstens – da appelliere ich zum wiederholten Mal an die Vertreter der Staatsregierung und die Kollegen der CSU-Fraktion –, den unsäglichen Abbau des Personals bis 2019 nochmals zu überdenken; denn um die Themen zu bewältigen, die wir gerade angesprochen haben, brauchen wir Personal. Wir können es nicht ständig abbauen, sondern wir brauchen es sowohl in der Land- als auch in der Forstwirtschaft dringender denn je.

Zweitens. Um den Einsatz der Pestizide einzuschränken, brauchen wir ebenfalls dringend geschultes Personal. Ich bringe dazu Zahlen; da unterscheidet sich unser Antrag auch von dem der GRÜNEN. Von 2011 bis 2015 ist der Verkauf von Pflanzenschutzmitteln lediglich um ein geringes Maß gestiegen, nämlich von 111.000 Tonnen im Jahr 2011 auf 112.000 Tonnen im Jahr 2015. Da können wir nicht von einem massiven Anstieg sprechen.

Zum Dritten – damit bin ich auch schon am Ende meiner Ausführungen – brauchen wir verstärkte Forschungsaktivitäten zu alternativen Pflanzenschutzmaßnahmen. Das Beispiel Glyphosat haben wir hier schon oft diskutiert. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Dr. Herz, Sie sind gefragt. Die Kollegin Sengl hat eine Zwischenbemerkung.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich möchte den Begriff "Gift" erläutern und sagen, warum uns wichtig ist, dass man ihn so in die Debatte bringt. Die Chemieindustrie hat ganze Arbeit geleistet. Der Begriff "Pflanzenschutzmittel" klingt sehr harmlos. "Pestizide" klingt schon anders. "Gift" klingt noch einmal anders.

Man weiß, dass es Gift ist, das zum Beispiel gegen Ackerkräuter wirkt. Früher gab es auf einem Acker über 230 verschiedene Arten. Inzwischen sind es nur noch fünf oder sechs. Das Gift schadet der Artenvielfalt. Das muss uns klar sein. Ich glaube, dass vielen Anwendern nicht bewusst ist, was sie dort machen. Deshalb ist es sehr wichtig, das Bewusstsein dafür zu schärfen, welche Gifte wir ausbringen.

Weil es dafür Alternativen gibt, ist es möglich, da etwas zu verändern. Sie sollten viel stärker gefördert und genutzt werden. Das hilft uns allen, auch den Anwendern. Neulich stand im "Landwirtschaftlichen Wochenblatt", dass viele Anwender sehr bedenkenlos bei der Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln vorgehen. Sie tragen dabei beispielsweise den vorgeschriebenen Schutz nicht. Die Mittel sind auch für die Anwender giftig. Es handelt sich um Gift, und das ist Fakt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte schön.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kollegin, ich nehme das sehr bewusst zur Kenntnis, aber ich betone nochmals: Die psychologische Wirkung gerade auf die Landwirte, die wir zur Bewältigung dieser Probleme brauchen, ist in diesem Zusammenhang verheerend. Deshalb ist dieser Begriff nicht so zu verwenden. Das ist aus meiner Sicht eher im Antrag der SPD-Fraktion in eine richtige Bahn gelenkt worden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Martin Schöffel.

Martin Schöffel (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will eines vorab klarstellen: Möglichst wenige Pflanzenschutzmittel einzusetzen, ist das Ziel jedes Landwirtes. Daran forschen nicht nur die Landesanstalt für Landwirtschaft, die Hochschulen, die Technikerschulen, die Höheren Landbauschulen, sondern alle, die sich mit Landbau und Landwirtschaft beschäftigen. Jede Überfahrt über den Acker kostet Geld. Das macht der Landwirt nur, wenn es unbedingt sein muss. Ich möchte darauf hinweisen, dass unsere Landwirte ihre Äcker nach bestem Wissen und Gewissen nachhaltig bewirtschaften. Sie denken auch an das Bodenleben, an die Rückstände und an ihre Gesundheit.

Die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln ist keine Goodwill-Aktion, sondern sie geschieht nach aufwendigen Zulassungsverfahren: zunächst auf EU-Ebene und dann auf nationaler Ebene. In Deutschland dauern diese Verfahren mit Abstand am längsten. Grundlage unserer Entscheidungen und unseres Handelns muss aber immer eine wissenschaftlich fundierte Einstufung sein. Alles andere wäre Willkür. Alles andere führt in die Irre.

Die Kollegin spricht von den Werten der Pflanzenschutzmittelrückstände im Wasser. Dabei muss man ehrlicherweise darauf hinweisen, dass wir heute meistens die Auswirkungen des Pflanzenschutzmittels Atrazin finden. Atrazin ist seit dem 1. März 1991

verboten. Das kann man doch nicht mit der heutigen Landwirtschaft in Verbindung bringen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Da sieht man, wie lang das wirkt!)

Genauso falsch ist es zu sagen, Getreide werde im Durchschnitt vier- oder fünfmal gespritzt. Auch das ist völlig falsch. Am Antrag der GRÜNEN wird deutlich: Es geht um Wahlkampf. Da zeigt schon die Überschrift: Die GRÜNEN haben es auf die Landwirtschaft abgesehen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Das wird im nächsten Jahr noch schlimmer werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darauf müssen wir uns einstellen.

Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren, ist das Ziel Bayerns, der bayerischen Bauern und des Bundesministeriums. Dazu gibt es den Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, der auch in den Anträgen vorkommt. Daran arbeiten wir intensiv mit: Es geht darum, das Risiko zu minimieren, Aufwandsmengen zu reduzieren, Rückstände zu identifizieren und richtig einzuschätzen. In Bayern verfügen wir übrigens mit unserer Landesanstalt für Landwirtschaft über ein eigenes Institut, das sich den aufgeworfenen Themen widmet – Stichworte: ökologischer Landbau, Bodenkultur und Ressourcenschutz. So etwas hat kein anderes Bundesland. Dort werden derzeit 48 Forschungsprojekte bearbeitet. Im Juli des letzten Jahres hat die Staatsregierung im Landwirtschaftsausschuss darüber intensiv berichtet. Ich meine, mich zu erinnern, dass diese Arbeit von Ihnen sehr gewürdigt worden ist.

Dann kommen wir zu unseren Erfolgen bei der Förderung des ökologischen Landbaus. Das ist schon angeklungen: Derzeit sind es 8.400 Betriebe in Bayern und 270.000 Hektar Fläche. Zeigen Sie mir ein Bundesland, in dem die GRÜNEN oder die Roten regieren, das solche Erfolge beim ökologischen Landbau vorweisen kann. –

Fehlanzeige! Wir hatten allein im letzten Jahr bei den Ökolandbaubetrieben ein Plus in Höhe von 1.000 im Freistaat Bayern.

(Horst Arnold (SPD): Und die Betriebsaufgaben?)

Ich komme zum Antrag der SPD. Letztlich ist es auch unser Problem, 20 % der Flächen auf Ökolandbau umzustellen. Das ist eine Entscheidung der Betriebsleiter und abhängig von Marktverhältnissen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie reden um den heißen Brei herum!)

Wir können eine super Forschung in diesem Bereich vorweisen. Außerdem können wir entsprechende Unterstützung und Fördermittel geben. Kein anderes Bundesland wird an das herankommen, was wir derzeit machen. Aber wir können nicht, wie die SPD in ihrem Antrag fordert, vorschreiben, wie viele umstellen.

Ich möchte auf unser bayerisches Bio-Siegel hinweisen. Ich möchte auf unser Agrar- und Umweltprogramm KULAP hinweisen. Es ist das erfolgreichste in Deutschland und umfasst über eine Million Hektar. Wir vergüten entsprechend agrarökologische Leistungen unserer Landwirte, stellen über 300 Millionen Euro jährlich für KULAP und Vertragsnaturschutz zur Verfügung. Wir werden unseren Einsatz für Blühflächen, für Pufferstreifen und für Gewässerstreifen noch erhöhen.

Mit unseren Aktivitäten geht es aber noch weiter. Wir haben beschlossen, ein neues Institut an der Landesanstalt für Landwirtschaft in Ruhstorf einzurichten. Es wird sich ganz speziell mit den Themen Ökosystemforschung und Digitalisierung beschäftigen, neue Verfahren erproben und teilflächenspezifische Bewirtschaftung erforschen. Davon verspreche ich mir in hohem Maße, dass auch Düngemittel und Pflanzenschutzmittel noch zielgerichteter und damit weniger eingesetzt werden. Wir erproben solche Dinge wie selbstfahrende automatische Hacken nach dem Motto: Hackroboter statt Herbizideinsatz. An vielen Dingen kann man zeigen, dass es ökologische Fortschritte in der Landwirtschaft gibt.

Wir haben ein Institut für Landbau und Pflanzenzüchtung an der LfL, das sich mit dem Thema "Klima und standortangepasste Sorten" beschäftigt. Dort laufen zurzeit 40 Forschungsprojekte unter dem Schwerpunkt "Klimaänderungen".

Ich möchte deutlich machen: Alle sinnvollen Vorschläge in den Anträgen haben wir längst aufgegriffen. Wir unterstützen den Nationalen Aktionsplan. Etwas anderes würde die Bevölkerung überhaupt nicht akzeptieren.

Ich möchte im Anschluss an die Ausführungen des Kollegen Arnold Folgendes fragen: Wenn man vom kompletten Verzicht auf Pflanzenschutzmittel spricht, ist es eigentlich ethisch vertretbar, dass wir geprüfte und zugelassene Pflanzenschutzmittel verteufeln und verbieten? Dadurch entstehen extreme Pflanzenverluste, und es kommt zu einem Ertragsausfall in Höhe von bis zu 100 %. Pflanzen sterben ganz oder teilweise ab, und deutlich weniger kann geerntet werden – und das, wenn auf der Welt über eine Milliarde Menschen hungern.

In warmen und feuchten Jahren kann es auch bei uns zu großen Problemen kommen, wenn sich zum Beispiel in vermehrtem Umfang Pilze wie Fusarium auf dem Getreide ausbreiten. Fusarium produziert echte Gifte, nämlich Pilzgifte oder Mykotoxine wie DON und Zearalenon. Diese Gifte sind für den Menschen extrem gefährlich. Die befallene Ware ist zu vernichten, da sie nicht mehr verkehrsfähig ist. Sie muss entsorgt werden. Da frage ich mich: Ist das ethisch vertretbar? Ist es vertretbar, dass wir unsere Landwirte, die eine Spitzenausbildung haben und die nach der guten fachlichen Praxis wirtschaften, wie sie es an den Schulen und Hochschulen gelernt haben, an den Pranger stellen? Es gibt so viele Vorgaben, Vorschriften und eine verantwortungsvolle Abwägung jeden Tag in der Praxis. Wir jedenfalls, meine Damen und Herren, lassen die Spaltung der Landwirtschaft in gute und in böse Bauern nicht durchgehen.

Ich will Ihnen ganz deutlich sagen: Der Antrag der GRÜNEN ist reiner Populismus, und ich mache das an zwei Punkten konkret fest:

Erstens. Sie fordern, Pflanzenschutzmittel auf staatlichen Flächen zu verbieten; Sie nennen Glufosinat und Neonicotinoide. Das Glufosinat – das war einmal unter dem Produktnamen Basta bekannt – ist seit dem 31.12.2015 verboten. Bis zu Beginn dieses Jahres durften noch Reste aufgebraucht werden. Das ist kein Thema mehr. Am 30.09.2017 läuft jetzt auch die Zulassung in der Europäischen Union aus. Bei Neonicotinoiden haben wir schon lange ein Verbot im Getreidebereich, bei Raps, bei Mais und bei allen Getreidearten. Das ist reiner Populismus und hat mit der Praxis nichts zu tun.

Zweitens. In der Begründung gehen Sie auf Versuche der LfL zu den Aufwandmengen bei Pflanzenschutzmitteln ein und unterstellen, die Landwirte würden 25 % zu viel ausbringen; darauf könne man leicht verzichten, und es würden keine Ertragsausfälle entstehen.

Tatsache ist: Diese Versuche beziehen sich auf die Empfehlungen der Agrarchemie, die dort gegeben werden. Aber kein Landwirt bringt diese Mengen in vollem Umfang aus. Der Landwirt weiß, dass er die Aufwandmenge an die festgestellte Verunkrautung oder an den Krankheitsbefall anpassen kann und muss. Unsere Beratung geht in diese Richtung. Somit ist das, was Sie da unterstellen, völliger Populismus. Die Landwirte bringen diese 25 % heute schon nicht aus. Wir haben integrierten Pflanzenschutz, Aufwandmenge nach Notwendigkeit abhängig von der Witterung.

Ich sage Ihnen: Sie haben keine Ahnung. Ich lade Sie, liebe Frau Sengl, ein, dass Sie mit mir einmal auf einen ganz normalen bayerischen Bauernhof gehen, weil Sie gar nicht wissen, wie es dort zugeht. Alles, was Sie machen, ist letzten Endes ein hilfloser und erfolgloser Versuch, Bayerns Bauern und unsere Agrarpolitik vorzuführen. Sie sind die Giftspritze, und zwar im rhetorischen Sinn, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Wir lehnen den Antrag der GRÜNEN selbstverständlich ab.

Zum Antrag der FREIEN WÄHLER – Beratungsabbau stoppen, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft fördern – ist zu sagen: Das machen wir ja. Ihnen ist offenbar entgan-

gen, lieber Kollege Herz, dass wir in vielen Bereichen auch zusätzliche Kräfte einstellen, zusätzliche Stellen geschaffen, den Personalabbau zum Beispiel im Bereich der ländlichen Entwicklung teilweise ausgesetzt haben. Wir haben jetzt im Fall von Borkenkäfern mehr Förster für die Beratung. Dazu kommt noch unser Antrag – den hat Staatsminister Brunner schon ins Kabinett eingebracht – für mehr Förster für den Waldumbau. Wir haben mehr Wasserberater und mehr Wildlebensraumberater eingestellt. Die LfL wird in Ruhstorf neue Stellen bekommen. Wir haben jetzt Berater für die Umsetzung des Düngepakets. Das sind alles neue Aufgaben, die auch mit neuem Personal unterstützt werden.

(Zuruf von der SPD)

Ihr Antrag ist von daher überflüssig, wir stimmen ihm aber ausnahmsweise zu, weil wir einen ähnlichen Antrag derzeit für den Bereich des Forstes auch laufen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, danke ich für die Aufmerksamkeit. Ich hoffe, dass wir auch über das weitere Jahr hinweg, zumindest gilt das für die vernünftig Denkenden, zu der Landwirtschaft stehen. Wir tun das im Sinne unserer Bäuerinnen und Bauern.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich wollte nur einmal Erinnerungslücken schließen. Dass Glyphosat und Neonicotinoide giftig und gefährlich sind, das haben wir ins Spiel gebracht. Dagegen habt ihr euch immer gewehrt, und nur durch die massive Unterstützung der Bevölkerung, durch alle Imker, durch Menschen, die sich Gedanken über ihre Umwelt machen, haben wir es geschafft, dass die Zulassungszeit verkürzt wurde, dass die Neonicotinoide zumindest übergangsweise verboten werden und so weiter. Da wurden

wir von den konservativen Parteien, insbesondere von der CSU, nie unterstützt, nein, vor allem nicht auf Bundesebene.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Wie ich so ein politisches Handeln finde, das für sich zu reklamieren und zu sagen: "Ich habe schon immer gewusst, dass das etwas Schlimmes ist. Wir machen das doch schon lange nicht mehr", kann ich gar nicht ausdrücken. Das ist so etwas von unglaubwürdig und eigentlich verlogen. Tut mir leid.

(Beifall bei Abgeordneten der (GRÜNEN))

Martin Schöffel (CSU): Frau Kollegin, es ist doch überhaupt keine Diskussion, dass diese Beizmittel, die Neonicotinoide, im Bereich von Getreide, Mais und Raps seit Jahren europaweit verboten sind. Darüber brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Im Bereich Glyphosat ist unser Antrag in diesem Haus Beschlusslage. Wir haben beschlossen, wir wollen zum Beispiel die Sikkation komplett verbieten, und wir wollen die komplette Einschränkung im Bereich von sensiblen Flächen und im Privatbereich, weil dort die Aufwandmengen zum Teil völlig falsch dosiert werden. Das sind unsere Themen schon seit Jahren.

Wenn Sie von "verlogen" sprechen, sage ich: Verlogen ist, dass Sie so etwas heute in einen Antrag schreiben, wo es schon Jahre lang so nicht mehr zutrifft.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18247, das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Danke schön. Gegenstimmen? – Das sind die CSU-Fraktion und Fraktion der FREIEN WÄHLER und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei keiner Stimmenthaltung ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18266, das ist der Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – CSU-Fraktion, die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18267, das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist dem Dringlichkeitsantrag Rechnung getragen worden und er ist angenommen.